

Herr Landeshauptmann Mag. Markus Wallner
Herrn Landesrat Christian Gantner
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, 29. Februar 2024

Rechtsextremismus in Vorarlberg

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,
sehr geehrter Herr Landesrat,

ein Treffen von Mitgliedern der rechtsextremen Szene sowie Funktionären der *AfD* in Potsdam hat in Deutschland zu massiven Protesten geführt. Der aus Österreich stammende Martin S., ein rechtsextremer Aktivist und Aushängeschild der *Identitären Bewegung Österreich*, war dort einer der Sprecher und legte seinen Plan vor, „um die Ansiedlung von Ausländern rückabzuwickeln“. Er nannte drei Zielgruppen von Personen mit Wurzeln im Ausland, die Deutschland verlassen müssten. Er zählte auf: Asylbewerbende, Ausländer:innen mit Bleiberecht – und „nicht assimilierte Staatsbürger“. Man müsse einen „hohen Anpassungsdruck“ auf die Menschen ausüben, zum Beispiel über „maßgeschneiderte Gesetze“. Diese als „Remigration“ betitelte Deportation sei nicht auf die Schnelle zu machen, es handle sich um „ein Jahrzehnteprojekt“.¹

Derartiges von führenden österreichischen Politiker:innen salonfähig gemachte Nazi-Vokabular², zu dem etwa auch Begriffe wie "Systemparteien" und "Volksverrat" zählen, alarmiert gemeinsam mit den konkret ausformulierten Deportationsplänen zurecht auch in Österreich viele Menschen und sollte nicht ohne Reaktionen hingenommen werden.

Große Teile der Bevölkerung sind aufgrund dieser jüngsten Entwicklung stark verunsichert. Besonders sensibel reagieren viele Vorarlberger:innen; so war unser Land in den letzten Jahren immer wieder Treffpunkt rechtsnationaler und staatsfeindlicher Gruppierungen. Wie wichtig es ist, dass sich auch die Vorarlberger Landespolitiker:innen von dieser Entwicklung abgrenzen, wurde in der großen Beteiligung bei der "Demonstration gegen Rechts" in Dornbirn am 18. Februar 2024 unter Beweis gestellt.

Um in Erfahrung zu bringen, wie sich die aktuelle Situation aus der Sicht der Landesregierung gestaltet, richten wir gem. § 54 der Geschäftsordnung folgende

¹ "[Neue Rechte. Geheimplan gegen Deutschland.](#)", correctiv.org am 10. Januar 2024

² Vgl. "['Systemparteien', 'Volksverrat', 'Ketten brechen' – Kickl und die Sprache der Nazis](#)", Der Standard online am 21. Januar 2024

Anfrage

an Sie:

1. Wie wird die Entwicklung des Rechtsextremismus in Vorarlberg überwacht und analysiert?
2. Welche spezifischen Programme oder Initiativen zielen darauf ab, rechtsextreme Ideologien zu bekämpfen? Wie viele Personen haben in den letzten fünf Jahren jeweils daran teilgenommen?
3. Wie unterstützt die Landesregierung zivilgesellschaftliche Organisationen und Gemeinschaften, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren?
4. Welche Gruppierungen bzw. Organisationen betrachten Sie in Hinblick auf die Verbreitung von rechtsextremen Gedankengutes als besonders gefährlich?
5. Welche Rolle spielen in Vorarlberg die sozialen Medien hinsichtlich Hasskriminalität und Diskriminierung, die aus rechtsradikalen Motiven resultieren?
6. Vorarlberg war in der Vergangenheit wiederholt Treffpunkt rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen. Welche Beobachtungen gibt es von Ihrer Seite dazu in den letzten 10 Jahren, wie schätzen Sie die aktuelle Entwicklung ein und welche Prognosen haben Sie?
7. Gemäß *Correctiv*³ nahm auch ein Neurochirurg aus Österreich an dem Treffen in Potsdam teil. Als Sprecher fungierte der Österreicher Martin S. – das langjährige Gesicht der rechtsextremen *Identitären Bewegung* und ein führender Kopf der *Neuen Rechten*. Ist Ihnen bekannt, ob und wie viele Personen aus Vorarlberg an dem Treffen der Rechtsextremen in Potsdam teilgenommen haben?
8. Wie hoch ist die Anzahl an in Vorarlberg wohnhaften Personen, die aufgrund ihrer rechtsextremen Gesinnung von der "Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst" als potenzielle "Gefährder" eingestuft werden?

³ Vgl. "[Neue Rechte. Geheimplan gegen Deutschland.](#)", correctiv.org am 10. Januar 2024

Mit bestem Dank für eine ausführliche Beantwortung,

LAbg. Manuela Auer

LAbg. Elke Zimmermann

Bregenz, am 21. März 2024

Frau Klubobfrau-Stv.
LAbg. Manuela Auer und
Frau LAbg. Elke Zimmermann
SPÖ-Landtagsklub
Landhaus
6901 Bregenz

im Wege der Landtagsdirektion

Betrifft: Rechtsextremismus in Vorarlberg
Bezug: Ihre Anfrage vom 29.02.2024, Zl. 29.01.514

Sehr geehrte Frau Klubobfrau-Stv. LAbg. Auer und Frau LAbg. Zimmermann,

Ihre Anfrage gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages betrifft u.a. Angelegenheiten der Sicherheitspolizei, welche in Gesetzgebung und Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Ich nehme daher zu Ihren Fragen nach Kontaktnahme mit der Landespolizeidirektion Vorarlberg, hinsichtlich der Fragen 1. und 2. sowie 4.-8. außerparlamentarisch, wie folgt Stellung:

1. *Wie wird die Entwicklung des Rechtsextremismus in Vorarlberg überwacht und analysiert?*

Laut Auskunft der Abteilung Soziales und Integration im Amt der Vorarlberger Landesregierung trifft sich die Koordinationsgruppe „Extremismusprävention und Demokratiekultur“ vier bis fünf Mal jährlich zu Sitzungen. Vertreter:innen des Landesamtes Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) sowie der Landespolizeidirektion Vorarlberg berichten ebenso wie die anderen im Netzwerk vertretenen Institutionen regelmäßig über Wahrnehmungen und Einschätzungen zur Entwicklung und zur aktuellen Situation. Dabei sind auch rechtsextremistische Aktivitäten in Vorarlberg Gegenstand der Berichte.

Laut Mitteilung der Landespolizeidirektion Vorarlberg erfolgt die Überwachung von rechtsextremen Gruppierungen und Personen durch die Polizei im Rahmen der Gesetze (Sicherheitspolizeigesetz, Staatsschutz- und Nachrichtendienstgesetz). Die Analyse erfolgt mit Unterstützung von spezieller Analysesoftware.

2. Welche spezifischen Programme oder Initiativen zielen darauf ab, rechtsextreme Ideologien zu bekämpfen? Wie viele Personen haben in den letzten fünf Jahren jeweils daran teilgenommen?

Laut Information der Landespolizeidirektion Vorarlberg kooperiert die Polizei eng mit Vernetzungspartnern (z.B. Koordinationsgruppe Extremismusprävention und Demokratiekultur, OJA, IFS, Schule,...). Weiters bildet die Polizei Präventionsbedienstete in der Materie der Extremismusprävention aus.

Laut Auskunft der Abteilung Inneres und Sicherheit im Amt der Vorarlberger Landesregierung wurde mit Unterstützung des Landes Vorarlberg am 30.03.2023 der Lehrgang „Radikalisierungsprävention – Digitale Welten 2022“ mit 21 Teilnehmenden (9 Personen aus der OJA, 12 Exekutivbedienstete) am Wissenschafts- und Weiterbildungszentrum Schloß Hofen abgeschlossen.

3. Wie unterstützt die Landesregierung zivilgesellschaftliche Organisationen und Gemeinschaften, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren?

Laut Mitteilung der Abteilung Soziales und Integration im Amt der Vorarlberger Landesregierung unterstützt das Land Vorarlberg diesbezügliche Organisationen oder Gemeinschaften durch gezielte Aufklärungs- und Präventionsarbeit sowie Informationstätigkeiten (z.B. Fachvorträge, Projektarbeiten, Wertekurse).

4. Welche Gruppierungen bzw. Organisationen betrachten Sie in Hinblick auf die Verbreitung von rechtsextremen Gedankengutes als besonders gefährlich?

Laut Information der Landespolizeidirektion Vorarlberg wird seitens des Staatsschutzes besondere Beachtung allen strukturierten Gruppierungen geschenkt, die offen oder konspirativ rechtsextremes Gedankengut verbreiten.

5. Welche Rolle spielen in Vorarlberg die sozialen Medien hinsichtlich Hasskriminalität und Diskriminierung, die aus rechtsradikalen Motiven resultieren?

Laut Auskunft der Landespolizeidirektion Vorarlberg wurden ab dem Jahr 2012 vermehrt staatschutzrelevante Delikte im Internet verzeichnet. Nachdem vorerst primär Kommentare in Internetforen eine übergeordnete Rolle spielten, ging mit dem Anstieg von Nutzenden sozialer Medien auch die Zahl der staatschutzrelevanten Internet-Delikte in diesem Bereich in die Höhe.

Laut Mitteilung der Abteilung Soziales und Integration im Amt der Vorarlberger Landesregierung werden vorurteilsmotivierte Straftaten oder Hate Crimes durch das „Bundesministerium Inneres“ statistisch erfasst und es wird dazu ein jährlicher Lagebericht veröffentlicht.

Die erfassten Delikte werden sowohl hinsichtlich verschiedener Tatorte, Vorurteilsmotive, Ausprägungen und Deliktsbereiche als auch nach Bundesländern erhoben.

Verstöße gegen strafrechtliche Nebengesetze betreffen fast nur den Auffangtatbestand gemäß § 3g Verbotsgesetz (nationalsozialistischen Wiederbetätigung) bzw. § 3g Verbotsgesetz (Leugnung, Verharmlosung, Gutheißung und Rechtfertigung von NS-Verbrechen). Detaillierte Informationen siehe Link bzw. Anhang:

https://www.bmi.gv.at/408/Projekt/files/327_2023_Hate_Crime_Bericht_2022_V2023_0822_webBF_.pdf

6. Vorarlberg war in der Vergangenheit wiederholt Treffpunkt rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen. Welche Beobachtungen gibt es von Ihrer Seite dazu in den letzten 10 Jahren, wie schätzen Sie die aktuelle Entwicklung ein und welche Prognosen haben Sie?

Laut Information der Landespolizeidirektion Vorarlberg war die rechtsextreme Gruppe Vorarlberg insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 im In- und Ausland aktiv. In der Zeit der COVID-19-Pandemie traten Gruppenmitglieder vereinzelt bei Versammlungen auf. Auch wurden vereinzelt als rechtsextremistisch eingestufte Personengruppen aus dem angrenzenden Ausland bei Coronamanahmengegner:innen-Versammlungen in Vorarlberg festgestellt. Rechtsextreme Gruppierungen aus dem Ausland haben sich in Vorarlberg nicht verfestigt.

Die Anzeigenbereitschaft in der Bevölkerung ist in den letzten Jahren im Steigen begriffen. Die Bevölkerung ist zudem sensibilisiert und es besteht eine konsequente Verfolgung aller angezeigten Straftaten durch die Sicherheits- und Justizbehörden.

Aus meiner Sicht ist es notwendig, weiterhin gegen extremistische, fremdenfeindliche oder rassistische Straftaten mit aller Konsequenz vorzugehen. Vorarlberg ist kein Spielfeld für derartige Handlungen. In dieser Hinsicht ist auch die auf Landesebene eingerichtete Koordinationsgruppe „Extremismusprävention und Demokratiekultur“ tätig. So werden Maßnahmen insbesondere im Bereich Vernetzung, Sensibilisierung, Weiterbildung und Coaching von Einrichtungen und Kommunen sowie der Steuerung von Erziehungshilfen und der Beteiligung von Migrant*innenorganisationen an der Extremismusprävention konsequent weitergeführt.

7. Gemäß Correctiv3 nahm auch ein Neurochirurg aus Osterreich an dem Treffen in Potsdam teil. Als Sprecher fungierte der Oreicher Martin S. – das langjährige Gesicht der rechtsextremen Identitären Bewegung und ein führender Kopf der Neuen Rechten. Ist Ihnen bekannt, ob und wie viele Personen aus Vorarlberg an dem Treffen der Rechtsextremen in Potsdam teilgenommen haben?

Laut Auskunft der Landespolizeidirektion Vorarlberg wurden von den deutschen Polizeibehörden keine diesbezüglichen Informationen an die Landespolizeidirektion übermittelt.

8. Wie hoch ist die Anzahl an in Vorarlberg wohnhaften Personen, die aufgrund ihrer rechtsextremen Gesinnung von der "Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst" als potenzielle "Gefährder" eingestuft werden?

Laut Mitteilung der Landespolizeidirektion Vorarlberg unterliegen alle Personen, die durch rechtsextreme Ideologie bekannt werden, einer Einschätzung durch die Polizeibehörden. Als potentielle „Gefährder“ sind dabei wenige Einzelpersonen einzustufen.

Die Polizei ergreift sämtliche Maßnahmen, die rechtlich und personell möglich sind, um extremistischen, nationalistischen oder fundamentalistischen Aktivitäten entgegenzutreten. Mit den bekannten Personen werden von Polizeibeamt:innen insbesondere Gefährderansprachen und Normverdeutlichungen durchgeführt. Von Personen, die mehrfach aufgrund ihrer rechtsgerichteten Ideologie polizeilich auffällig werden, werden polizeiliche Aktivitäten verstärkt mit besonderer Sensibilität wahrgenommen.

Mit freundlichen Grüßen

Landesrat Christian Gantner